

A14 Kein Zentimeter den Rechtsextremisten und Rassisten - Entschiedenes Vorgehen gegen Rechtsextremismus und breite Bündnisse gegen Rechtspopulismus.

Antragsteller*in: Katharina Schulze, MdL (KV München),
Cemal Bozo?lu, MdL (KV Augsburg)
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

Antragstext

1 Der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019 ist eine
2 Zäsur für unser Land. Erstmals seit 1945 wurde ein amtierender Politiker durch
3 einen Rechtsradikalen umgebracht. Förmlich reflexartig wurde durch einige Kreise
4 infolgedessen auch die These verfochten, dass es sich um die Tat eines
5 Einzeltäters oder einer isolierten Zelle handeln könnte. Dass dieser
6 Gedankengang realitätsfern ist, wissen wir seit dem NSU. Die
7 nationalsozialistische Terrorgruppe hatte deutlich gemacht, mit welchem braunen
8 Sumpf wir konfrontiert sind und wie gefährlich die rechte Szene ist. Fünf der
9 zehn NSU-Mordopfer kamen aus Bayern. Rechtsextreme Straf- und Gewalttaten
10 steigen seit Jahren an.

11 Mittlerweile sitzt eine rassistische und in erheblichen Teilen rechtsextreme
12 Partei im Deutschen Bundestag und auch im Bayerischen Landtag. Bei den jüngsten
13 Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg ist sie sogar jeweils auf dem zweiten
14 Platz gelandet. Im Vergleich zur Europawahl hat sie in beiden Bundesländern
15 zugelegt. Wenn mehr als ein Viertel der Bevölkerung nun eine solche Partei
16 wählen kann, zeigt uns diese Entwicklung die Brisanz dieses Themas. Die Gefahr
17 von rechts wird größer. Die AfD fungiert als parlamentarischer Arm der
18 rechtsextremistischen Szene und schafft zusammen mit unseriösen Pseudomedien ein
19 brandgefährliches Klima. Es hat darüber hinaus eine Diskursverschiebung nach
20 rechts in unserer Gesellschaft stattgefunden. Auch online wird gehetzt – und
21 irgendwann kommt es dann von den Worten zur Tat. Wir sehen nur zu genau: Die
22 Personen in den diversen rechten Strukturen kennen sich, tauschen sich aus,
23 stacheln sich an und bejubeln sich nach ihren widerwertigen Taten. Unser Land
24 steht vor einer großen Herausforderung, welche wir GRÜNE sehr ernst nehmen. Die
25 Verharmlosung des Rechtsradikalismus ist eine Gefahr, der wir entschieden
26 begegnen werden.

27
28 Die Grüne Landtagsfraktion macht jedes Jahr ein Lagebild Rechtsextremismus in
29 Bayern. Das aktuelle von 2018 gibt erneut Anlass zur Sorge. Im vergangenen Jahr

30 ereigneten sich jeden Tag statistisch gesehen durchschnittlich fünf
31 rechtsextremistisch motivierte Straftaten in Bayern, die fremdenfeindliche
32 Kriminalität hat sich auf einem viel zu hohen Niveau stabilisiert und die Anzahl
33 der antisemitischen Straftaten und die Hasskriminalität im Internet sind sogar
34 sprunghaft angestiegen. Die rechtsextreme und die sogenannte Reichsbürger*innen-
35 Szene in Bayern agieren heute zunehmend vernetzter und radikaler und haben
36 Anschluss an eine breite rechte Bewegung.

37 In Bayern gibt es laut Auskunft des Innenministeriums rund 1.200 gewaltbereite
38 Rechtsextreme. Zahlreiche mit Haftbefehl gesuchte bayerische Neonazis sind
39 untergetaucht. Neonazis fahren regelmäßig zu Schießtrainings ins Ausland,
40 organisieren Kampfsportevents und Konzerte für die militante Szene. Diese
41 Tendenzen zeigen, dass nach wie vor ein erhebliches Gefährdungspotenzial von der
42 rechtsextremen Szene ausgeht.

43
44 Der Umgang mit dem NSU-Terrorismus hat uns weiterhin gezeigt, dass die
45 staatlichen Sicherheitsapparate große Schwächen bei der Bekämpfung der
46 rechtsextremistischen Gewalt hatten. Diese Defizite sind bis heute nicht
47 vollständig behoben - eine tiefgehende Verbesserung muss endlich erfolgen!

48 Die Asylpolitik der Staatsregierung verschärft die Situation zusätzlich. Sie
49 nimmt Menschen Perspektiven, erschwert ihre Integration und sorgt bei
50 Betroffenen für seelische Belastungen. Ein solches Agieren ist Wasser auf den
51 Mühlen der Rechtspopulist*innen, die hilfeschuchende Menschen als Belastung oder
52 Gefahr für unsere Gesellschaft darstellen wollen.

53 All dem muss von Anfang an Einhalt geboten werden. Rechter Hetze, Rassismus und
54 Gewalt muss mit allen geeigneten rechtsstaatlichen und gesellschaftspolitischen
55 Mitteln entgegengetreten werden. Es geht darum, Demokratie und
56 Rechtsstaatlichkeit in Deutschland zu verteidigen, Toleranz und Solidarität zu
57 verstärken, gewalttätige Neonazis hinter Gitter zu bringen und die geistigen
58 Brandstifter*innen der AfD als Stichwortgeber für den brauen Terror zu
59 entlarven.

60 Auch der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit aus Teilen der migrantischen
61 Communities sagt Grüne Politik entschieden die rote Karte. Re-Ethnisierung,
62 religiöse Radikalisierung, gesellschaftliche Segregation, Feindlichkeit
63 gegenüber Minderheitengruppen, antisemitische Tendenzen und auch die Propaganda
64 antidemokratischer Staatsführer wie Erdoğan oder Putin auf Kosten des
65 harmonischen Zusammenlebens in Deutschland sind nicht hinnehmbar. Unser Grünes
66 Bayern ist auch der Kontrast hierzu.

67 Insbesondere Internet und soziale Netzwerke sind vielfach von Hass und Hetze
68 geprägt. Dort werden immer öfter Personen, soziale Gruppen oder ganze
69 Berufsstände wie Journalist*innen beleidigt und bedroht, wenn sie sich für

70 Toleranz und Demokratie einsetzen oder Rechtspopulismus und Rechtsextremismus
71 als Bedrohung benennen. Wir GRÜNE stellen uns mit aller Entschiedenheit gegen
72 jede Form und Androhung rechtsextrem bzw. rassistisch motivierter Gewalt. Wir
73 sprechen all jenen Personen, die aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, ihres
74 Geschlechts, ihrer Religion oder Weltanschauung, aufgrund ihrer sexuellen
75 Identität oder ihres politischen bzw. humanitären Engagements von rechtsextremer
76 bzw. rassistischer Gewalt bedroht werden, unsere volle Solidarität aus.

77 Die Bekämpfung des wachsenden Rechtsextremismus und des rechten Terrors hat bei
78 uns hohe Priorität. Wir verurteilen die rechtsextreme und rassistische Hetze
79 aufs Schärfste. Dass rechtsextreme Gruppierungen zudem an historisch besetzten
80 Orten wie dem Reichsparteitagsgelände in Nürnberg Fackelmärsche inszenieren
81 können ist ein Unding. Ebenso, dass sich die Bayerische Staatsregierung nicht
82 eindeutig für ein Verbot der rechtsterroristischen Vereinigung ‚Combat 18‘
83 einsetzt oder Menschen, deren Namen auf sogenannten „Feindeslisten“ rechter
84 Gruppierungen auftauchen, hierüber nicht informiert. Menschen und Institutionen
85 haben das Recht es zu erfahren, wenn sie im Visier von rechtem Terror sind.
86

87 Es erfordert unser gemeinsames, entschiedenes Engagement, damit es niemand
88 schafft, das friedliche Zusammenleben in Bayern zu sabotieren. Das ist unsere
89 Grüne Grundüberzeugung. Bayern ist und bleibt bunt. Unsere Vielfalt ist unsere
90 Stärke.
91

92 Vielerorts stellen sich zivilgesellschaftliche Initiativen, viele engagierte
93 Menschen in Kommunen, Behörden, Parteien, Vereinen, Verbänden, Religions- und
94 Weltanschauungsgemeinschaften, Jugendverbänden oder
95 Migrant*innenselbstorganisationen dem Hass entgegen und leisten unschätzbar
96 wertvolle Arbeit für unsere Demokratie. Ihren Einsatz zur Stärkung unserer
97 Demokratie unterstützen wir ausdrücklich und sagen Danke. Dieser Einsatz muss
98 auch strukturell gefördert werden. Diesen Einsatz für eine offene und tolerante
99 Gesellschaft gilt es gemeinsam zu unterstützen, um damit unsere Demokratie zu
100 stärken. Wir wissen, die beste Antwort auf die rechte und rassistische Gesinnung
101 ist eine weltoffene Grundeinstellung und ein Umgang, bei dem jedem Menschen
102 vorurteilsfrei und solidarisch begegnet wird. Humanität statt Hass; das ist
103 integraler Bestandteil Grüner Politik.
104
105

106 Wir Grüne fordern deswegen:

- 107 • die CSU-FW-Regierung auf, alle ihr möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um
108 ein Verbot der militanten neonazistischen Gruppierungen „Die Rechte“, „Der
109 III. Weg“, Combat 18 und Ku-Klux-Klan durchzusetzen;
- 110 • die Schaffung einer landesweiten Antidiskriminierungsstelle, wie sie
111 bereits in mehreren Bundesländern Realität ist. Diese soll kommunale
112 Initiativen in Bayern vernetzen und unterstützen;

- 113 • die Einrichtung einer landesweit zentralen Beratungsstruktur für Opfer
114 rechtsextremer, antisemitischer und rassistischer Gewalt in Bayern;

- 115 • die Bekämpfung des wachsenden Rechtsextremismus mit zur obersten Priorität
116 der bayerischen Sicherheitsbehörden zu machen;

- 117 • eine bessere länderübergreifende Zusammenarbeit der Bundes- und
118 Landeskriminalämter sowie der Verfassungsschutzbehörden, um Aktivitäten
119 von rechtsextremistischen Gruppierungen besser und früher erkennen und
120 verhindern zu können; im Rahmen einer Aufgabenkritik die Ressourcen der
121 Polizei neu zu verteilen, um den Fahndung- und Ermittlungsdruck auf die
122 rechte Szene zu verstärken, um damit die bereits begangenen Taten
123 schneller aufzuklären und potenzielle Nachahmer*innen abzuschrecken;

- 124 • den Verfassungsschutz zu reformieren und umzustrukturieren: Die
125 nachrichtendienstlichen Tätigkeiten wollen wir auf ein Minimum reduzieren
126 und die neue Behörde wird enger mit Wissenschaft sowie der
127 Zivilgesellschaft zusammenarbeiten;

- 128 • wachsam bzgl. rechtsradikal motivierter Personen innerhalb der staatlichen
129 Sicherheitsapparate zu sein und mehr demokratiefördernde und
130 rassismuskritische Inhalte in der Polizeiausbildung zu verankern;

- 131 • Konsequenzen aus der NSU-Aufklärung beim Verfassungsschutz und den
132 Ermittlungsbehörden zu ziehen: Einsetzung einer NSU-Kommission im
133 Bayerischen Landtag zur Implementierung der Konsequenzen aus dem NSU-
134 Untersuchungsausschuss;

- 135 • den wirksamen Schutz von bedrohten Einrichtungen, wie
136 Flüchtlingsunterkünften, Synagogen oder Moscheen;

- 137 • eine strenge Kontrolle des Einsatzes privater Sicherheitsdienste in
138 Geflüchtetenunterkünften, um zu verhindern, dass dort Personen aus der
139 rechten Szene eingesetzt werden, sowie klare Vorgaben zur Qualifizierung
140 des Personals und zur Einhaltung von umfangreichen Qualitätsstandards;

- 141 • eine Bildungsoffensive gegen Rechtsextremismus und Rassismus sowie für die
142 interkulturelle Bildung. Demokratische und politische Bildung muss früh
143 beginnen: In den Stundentafeln des bayerischen Schulsystems, aber auch im
144 Bereich von Kitas und Kindergärten besteht erheblicher Nachholbedarf,
145 ebenso in der Ausbildung der Lehrer*innen, Erzieher*innen und weiterer
146 pädagogischer Fachkräfte;

- 147 • Prävention und politische Bildung sind nicht Aufgabe des

- 148 Verfassungsschutzes, weswegen wir ihm diese Zuständigkeiten entziehen
149 wollen;
- 150 • ein enges Unterstützungs- und Beratungsangebot zum Umgang mit Rassismus
151 und rechter Ideologie in Bildungseinrichtungen, staatlichen Behörden und
152 Verwaltungen sowie im breiten Verbands- und Vereinsleben;

 - 153 • dass Anbieter von Internetforen und sozialen Netzwerken strafbaren „Hate
154 Speech“ schnell prüfen und unverzüglich löschen müssen. Urheber*innen
155 müssen stärker als bislang ermittelt und ihre Kommentare zur Anzeige
156 gebracht und geahndet werden können;

 - 157 • Eine virtuelle Polizeiwache für Bayern, bei der Menschen ‚Hate-Speech‘ im
158 Netz schnell und unkompliziert anzeigen können;

 - 159 • das bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus – unter
160 Einbeziehung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft – zu evaluieren und
161 weiterzuentwickeln;

 - 162 • ein bayerisches Förder- und Aktionsprogramm zur Unterstützung
163 zivilgesellschaftlicher Initiativen aufzulegen, die sich gegen
164 Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus oder andere Formen
165 Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit engagieren.

Unterstützer*innen

Claudia Roth, MdB (KV Augsburg), Ekin Deligöz, MdB (KV Neu-Ulm), Andreas Krahl, MdL (KV Weilheim), Hep Monatzeder, MdL (KV München), Barbara Fuchs, MdL (KV Fürth), Ursula Sowa, MdL (KV Bamberg), Verena Osgyan, MdL (KV Nürnberg), Tim Pargent, MdL (KV Bayreuth-Stadt), Gabriele Triebel, MdL (KV Landsberg am Lech), Thomas Gehring, MdL (KV Oberallgäu), Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land), Axel Kuckelkorn (KV Fürstenfeldbruck), Matthias Lorentzen (KV Augsburg), Helga Stieglmeier (KV Erding), Sophie Harper (KV München-Stadt), Heidi Terpoorten (KV Dillingen), Melanie Melitta Hippke (KV Augsburg), Franziska Büchl (KV München), Gülseren Karaca (KV Augsburg), Wolfgang Urban (KV Augsburg), Fiona Strauß (KV Augsburg), Markus Schnitzler (KV Augsburg), Reiner Erben (KV Augsburg), Florian Kraus (KV München-Stadt), Serdar Akin (KV Augsburg), Patrick Friedl, MdL (KV Würzburg)